

# Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

www.lv-baden.de

## Kuratoriumsmitglieder:

D.Caspary MdEF, A.Fischer MdB, G.Fischer MdL a.D., Prof.Dr.W.Fritz, R.Ganz, Prof.A.Göhringer, BM M.Groh MdL, Prof.G. Kaufmann MdL, N.Keller, BM E.Kopp, K.Leis, H.Leverkus, B.Meier-Augenstein, Prof.Dr.K.H.Neumayer, J.Offele OB a.D., R.Rastätter MdL, K.Reichardt MdL, G.Rüssel, B. Schäfer-Wiegand, D.Schmidt, K.Schütz MdL, A.Schwarzer, Prof.Dr.G.Seiler OB i.R., Dr. G.Splett MdL, J.Stober MdL, J.Tauss MdB, Dr.P.Weber, Prof.Dr.P.-L.Weinacht, J.Werner, K.-P.Wettstein MdL a.D.

## ***Badenbrief 02/08***

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Landesvereinigung,

vor Ihrem sicher wohl verdienten Urlaub möchten wir Ihnen gerne mit diesem Brief einen kleinen Überblick über unsere Arbeit in der ersten Jahreshälfte 2008 vermitteln.

### **Luftverkehr in Baden-Württemberg**

Seit Jahren haben wir in Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen in Landtag und Landesregierung über ein Gesamtkonzept für den Luftverkehr gesprochen. Wie Sie wissen, wurden in Stuttgart für den Ausbau des Flughafens vom Land Baden-Württemberg 90 % der Investitionen getragen. In Karlsruhe hingegen wurden für den Flughafen Karlsruhe – Baden-Baden in Söllingen nur 60 % der Investitionen vom Land übernommen. Hohe Investitionen müssen jedoch getätigt werden, um Söllingen weiter zu entwickeln. Obwohl diese Entwicklungen dem Land insgesamt erheblich nutzen, müssen die Gebietskörperschaften, die diesen Flughafen tragen und doch ärmer als die Landeshauptstadt sind, 40 % der Lasten tragen. Dies halten wir für eine gleichmäßige Landesentwicklung nicht für sinnvoll und auch für nicht gerecht. Erfreulicherweise hat der Ministerpräsident unsere bisherige Argumentation, dass die zweite Start- und Landebahn, die in Stuttgart gebaut werden sollte, bereits hier im badischen Raum vorhanden ist, sich zu Eigen gemacht. Er hat auch entsprechende Investitionszuschüsse des Landes in Aussicht gestellt. Notwendig ist der unmittelbare Anschluss an die Autobahn A 5, der allerdings naturschutzrechtlich schwierig ist. Es kann dort nicht eine einfache Straße gebaut werden, sondern es müssen teilweise Tunnels bzw. aufgeständerte Tunnels durch das außerordentlich wertvolle, schutzwürdige Gebiet gebaut werden. Noch wichtiger ist ein Verkehrsanschluss der Schiene parallel zu den vorhandenen Schienenwegen. Auch eine Ertüchtigung der Landebahnen für Allwetterflüge ist notwendig.

1. Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb  
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe  
Telefon 0721/9896958, Fax 0721/882563  
Email: [rmuerb@lv-baden.de](mailto:rmuerb@lv-baden.de)

Stellvertretende Vorsitzende  
Gerlinde Hämmerle  
Regierungspräsidentin i.R.  
Email: [g\\_haemmerle@t-online.de](mailto:g_haemmerle@t-online.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Hubert B. Keller  
Email: [hubert.keller@iai.fzk.de](mailto:hubert.keller@iai.fzk.de)

Volksbank Karlsruhe, KontoNr. 70 046 504, BLZ 661 900 00 / Sparkasse Karlsruhe, KontoNr. 223 115 91, BLZ 660 501 01  
BBBank Karlsruhe, KontoNr. 7 042 736, BLZ 660 908 00

## **Ausbau des Eisenbahnnetzes für Transversale und Magistrale im badischen Landesteil**

Bisher hat sich die Landesregierung mit allen Mitteln für den Ausbau von Stuttgart 21, das ist Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofes und der Ausbau der Strecke von Stuttgart nach Ulm, eingesetzt. Dafür wurden Landeszuschüsse in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung hatte bei Abschluss der Verträge für Stuttgart 21 versprochen, sich mit gleicher Vehemenz und Tatkraft für den Ausbau der Strecke Straßburg – Karlsruhe .- Stuttgart als auch für den Ausbau der Gesamtstrecke von Mannheim bis Basel als Transversale einzusetzen. Obwohl für diese Strecke durch internationale Verträge eine Fertigstellung gleichzeitig mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels im Jahre 2017 vereinbart ist, hat uns in einem Gespräch die Deutsche Bahn erklärt, dass die finanzielle Grundlage dafür fehle. Es handelt sich dabei um Projekte, die weit unter den Kosten von Stuttgart 21, die aktuell mit 6,9 Milliarden € beziffert werden, liegen. So kostet der notwendige Tunnel in Rastatt 430 Millionen € und der Gesamtausbau dieser Strecken 3,1 Milliarden €. Wir können es im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des badischen Landesteils, aber auch im Interesse des internationalen Verkehrs, nicht hinnehmen, dass die Landesregierung ihr Versprechen bisher nicht eingehalten hat.

## **Hochwasserschutz am Rhein**

Der Neckar ist seit Jahren für ein sogenanntes 200-jähriges Hochwasser geschützt. Am Rhein wurden ebenfalls internationale Verträge abgeschlossen, nach denen die Rheinanlieger ihre entsprechenden Hochwasserschutzmaßnahmen durchführen. Frankreich hat seine Aufgaben bereits erfüllt. Rheinland-Pfalz und Hessen haben das Programm ebenfalls weitgehend erfüllt, es sind nur noch wenige Projekte bis zum Jahr 2012 fertig zu stellen. Einzig und allein Baden-Württemberg hat diese Aufgabe bisher vernachlässigt und glaubt mit einem Aufwand von ca. 23 Millionen € pro Jahr seine Versprechen und vertraglichen Verpflichtungen erfüllen zu können. Immer wieder wird von der Landesregierung versprochen, bis zum Jahre 2017 den Hochwasserschutz fertig zu stellen. Wir haben errechnet, wenn dieses Versprechen eingehalten werden sollte, müssten jährlich über 90 Millionen € zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der großen Gefahren, die nach Auffassung der Experten bestehen und einer möglichen Schadenshöhe von ca. 6 Milliarden € haben wir gefordert, dass mindestens 35 Millionen € für Planung und Bau der erforderlichen Rückhalteräume zwischen Basel und Mannheim und 10 Millionen € Landesmittel pro Haushaltsjahr für die Dammsanierung zwischen Iffezheim und Mannheim investiert werden. Nähere Informationen über die angesprochenen Probleme können Sie im Internet unter [info@lv-baden.de](mailto:info@lv-baden.de) nachlesen.

## **Landesstiftung**

In unseren Gesprächen mit Herrn Ministerpräsident Oettinger haben wir seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Erträge der Landesstiftung bei einer Reihe von Projekten, die uns bekannt sind, zu etwa 70 % in den württembergischen Landesteil fließen. Zum Beispiel wurden „innovative Projekte der Weiterbildung, Erwachsenenbildung im Umgang mit Kindern“ 17 Projekte in Württemberg und nur 4 in Baden gefördert; oder in der „Förderung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Menschen mit Behinderung“ von 24

Projekten 15 in Württemberg, 9 in Baden und das Förderprogramm der „Stiftung Kinderland 2006“ mit 50 Projekten insgesamt sogar 34 in Württemberg und nur 15 in Baden gefördert.

Dies sind nur einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Wir haben dabei immer wieder darauf hingewiesen, dass dies von uns als besonders ungerecht empfunden wird, nachdem nach unserer Information das Kapital der Landesstiftung vor allem aus badischen Quellen gespeist wurde, denn allein ca. 2,9 Milliarden € stammen aus dem Verkauf der Aktien des Badenwerks. Wir fordern Transparenz in der Vergabe der Millionenbeträge aus der Landesstiftung und haben nun den Ministerpräsidenten, als Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Landesstiftung gebeten, dass er uns durch den Geschäftsführer, Herrn Moser, eine Aufstellung der geförderten Projekte übersenden lässt.

Wie Sie wissen, hat die Expertenkommission „Eigentumsfragen Baden“, festgestellt, dass ein kleiner Teil von Handschriften, Inkunabeln und Kunstgegenständen dem Hause Baden zuzuordnen sind. Die Landesregierung hatte gleich nach Vorlage des Gutachtens der Expertenkommission erklärt, dass diese Vermögenswerte des Badischen Hauses vom Land angekauft würden. Wir hoffen sehr, dass dieser Kauf noch in diesem Jahr realisiert wird.

### **Staatliche Institutionen in Karlsruhe**

In der Vergangenheit haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass Kultureinrichtungen in Stuttgart in großzügiger Weise neu oder entsprechend ausgebaut wurden. Während der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Lothar Späth wurde zwar auch in Stuttgart viel investiert, aber gleichzeitig wurden kulturelle Einrichtungen in den Oberzentren des Landes gefördert und sogar neu gegründet. Einige Schritte in die von uns geforderte Richtung ging erfreulicherweise die Landespolitik, in dem sie folgende Investitionen im Staatshaushalt vorgesehen hat:

**Musikhochschule:** Der Ausbau in Karlsruhe mit einer Gesamtinvestition von 29,5 Millionen € soll 2009 in den Haushalt aufgenommen werden. Der Baubeginn soll im Herbst 2009 sein und damit wird endlich auch die Musikhochschule Karlsruhe die räumlichen Voraussetzungen erhalten, die die Musikhochschule Stuttgart und andere Hochschulen schon seit vielen Jahren haben.

**Generallandesarchiv**, das aus allen Nähten platzt und in dem Archivalien wegen mangelnder und unzureichender Räumlichkeiten gefährdet sind, ist bereits im Ausbau und die Gelder sollen entsprechend der Baufortschritte zur Verfügung stehen.

Die **Schlossgärten in Karlsruhe**, in die seit der Bundesgartenschau vor 40 Jahren nicht mehr investiert wurde, werden mit einem Aufwand von rund 15 Millionen € restauriert. Ein erster Bauabschnitt im Schlossplatz ist kurz vor der Fertigstellung. Andere Teile des Schlossplatzes, die sich in einem desolaten Zustand befinden, werden in den nächsten Bauabschnitten in Stand gesetzt. Dann folgen Schloss- und Fasanengarten.

Die **Badische Landesbibliothek** platzt trotz der Magazine, die sie im Westflügel des **Naturkundemuseums** noch belegt hat, aus allen Nähten und braucht dringend ein

Magazingebäude. Nach unseren Informationen sollte der Westflügel des Naturkundemuseums so rechtzeitig von Generallandesarchiv und Landesbibliothek geräumt sein, dass zum Stadtgeburtstag 2015 das Naturkundemuseum annähernd in seiner Ausdehnung zur Verfügung stehen sollte, wie es sich vor der Zerstörung im zweiten Weltkrieg präsentierte. Nach neuesten Informationen, die unser Landtagsabgeordneter und Kuratoriumsmitglied Manfred Groh aus Stuttgart brachte, soll nun diese Räumung erst 2014 möglich sein, weil das Geld für ein Magazingebäude für die Landesbibliothek zur Zeit nicht zur Verfügung steht. Dies können wir unter keinen Umständen hinnehmen, denn auch hier würde ein Ausbau der württembergischen Landesbibliothek, die bis 2020 freie Kapazitäten hat, einen dringend notwendigen Ausbau in Karlsruhe vorgezogen. Die Landesbibliothek Karlsruhe hat nur noch bis Mitte 2009 freie Kapazitäten. Für das Freimachen der Räume, die vom Generallandesarchiv belegt sind, bestehen noch bessere Chancen als vom Staatssekretär Dr. Birk dargestellt wurde. Nach unseren Informationen dauert die Austrocknung der Kellerräume zwischen 10 Monate und 24 Monate. Könnte es nicht sein, dass dieses Argument verwendet wurde, weil man die für den Bau des Magazins der Badischen Landesbibliothek notwendigen Finanzmittel für die Württembergische Landesbibliothek umschichten will? Dies wäre deshalb eine nicht hinzunehmende neuerliche Benachteiligung von Karlsruhe, insbesondere im Hinblick auf den Stadtgeburtstag.

Wir hoffen, dass wir bei unseren Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten im September 2008 und mit dem Vorstand der CDU-Fraktion im Landtag im Oktober 2008 hier eine Veränderung der Prioritäten erreichen können. Die Fraktionsvorsitzenden von FDP, Herr Dr. Noll und der SPD, Herr Schmiedel, haben bei Gesprächen in diesem Frühsommer uns ihre Unterstützung in einigen wichtigen Fragen bereits signalisiert. Mit dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 – die Grünen, haben wir ebenfalls im September ein Gespräch.

Es sind, wie Sie sehen, eine große Zahl von Themen, die der Vorstand mit dem Kuratorium und den Arbeitskreisen der Landesvereinigung bearbeiten. Die Arbeit geht uns nicht so schnell aus und wir sind unseren Mitgliedern, Ihnen meine Damen und Herren, für Ihre Mitarbeit sehr dankbar und bitten Sie, weiterhin uns Hinweise zu geben, wenn Sie die Einschaltung des Vorstandes der Landesvereinigung für richtig erachten.

Wir wünschen Ihnen nun einen erholsamen Urlaub, falls Sie im Lande bleiben die Sonne über Baden und unsere Nachbarländer und auf weitere gute Zusammenarbeit

Ihre

Prof. Robert Mürb  
1. Vorsitzender  
Vorsitzender

Gerlinde Hämmerle  
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Hubert B. Keller

Stellvertretender